

# GLAUBE.at

DAS CHRISTLICHE ONLINE-PORTAL IN ÖSTERREICH



## CHRISTLICHE WERTE FÜR ÖSTERREICH

Wahlprüfsteine zur Nationalratswahl 2019

EINE INITIATIVE VON IM ÖSTERREICH

Partner der Österreichischen Evangelischen Allianz

Wir fragen.  
Politiker antworten.  
Sie wählen.



#### SVEN KÜHNE | INITIATOR

Der Marken- und Medienexperte ist Herausgeber des christlichen Online-Portals GLAUBE.at und seit dem Jahr 2015 Vorstandsmitglied der Österreichischen Evangelischen Allianz (ÖEA). 2017 initiierte er erstmals die christlichen Wahlprüfsteine.

## CHRISTLICHE WERTE FÜR ÖSTERREICH.

Die 2. Edition der „christlichen Wahlprüfsteine“ des konfessionsunabhängigen Online-Portals GLAUBE.at entstand in Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Erzdiözese Wien, der Freikirchen in Österreich (FKÖ) und mehreren christlichen Organisationen.

Die Fragestellungen zu 15 relevanten Kernthemen wurden von einem parteiunabhängigen und kirchenübergreifenden Expertengremium erarbeitet und an die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der 8 österreichweit kandidierenden Parteien zur Beantwortung übermittelt.

„In einer demokratischen Gesellschaft zu leben, in welcher Bürgerinnen und Bürger das politische Geschehen ihrer Heimat mitgestalten dürfen, ist ein besonderes Vorrecht. Die christlichen Wahlprüfsteine bieten Wählerinnen und Wählern eine Orientierungshilfe, um christliche Werte in der Politik zu fördern“, so GLAUBE.at-Herausgeber Sven Kühne.

Kühne ermutigt Christinnen und Christen nicht zu polarisieren, „sondern sowohl für die Politikerinnen und Politiker unseres Landes als auch für die bevorstehende Nationalratswahl zu beten. Gerade jetzt sollten wir niemals vergessen, dass jeder Mensch das Recht hat seine eigene politische Meinung zu bilden, ohne dafür missachtet oder ausgegrenzt zu werden.“

Von den wahlwerbenden Parteien nahmen die Spitzenkandidaten der ÖVP, SPÖ, FPÖ, NEOS und GRÜNE am schriftlichen Interview teil. Die restlichen 3 Parteien (LISTE PILZ, WANDEL, KPÖ) standen für ein Interview zu den christlichen Wahlprüfsteinen nicht zur Verfügung.

## Offizielle Partner der Initiative

### MITGLIEDER DES EXPERTENGREMIUMS

- Erzdiözese Wien (Katholische Kirche)
- FKÖ (Freikirchen in Österreich)
  - Baptistengemeinden (FKÖ)
- Bund Evangelikaler Gemeinden (FKÖ)
- Christen an der Seite Israels - Österreich
- Christen in Wien
- Elaia Christengemeinden (FKÖ)
- Elijah House Austria
- ERF Medien Österreich
- Evangelische Allianz Wien
- Freie Christengemeinde - Pfingstgemeinde in Österreich (FKÖ)
- IM Österreich
- Marsch für Jesus
- Mennonitische Freikirchen (FKÖ)
- Österreichische Lebensbewegung
- Plattform Christdemokratie
- SALZUNDLICHT | Die christliche Agentur
- SaveOne Europe





# Wahlprüfsteine für christliche Werte in der Politik

## DIE KERNTHEMEN

- [Außenpolitik und Europa \(S. 10-11\)](#)
- [Bildung und Wissenschaft \(S. 12-13\)](#)
- [Ethik in Medizin und Forschung \(S. 14-15\)](#)
- [Ehe und Familie \(S. 16-17\)](#)
- [Flüchtlingskrise und Integration \(S. 18-19\)](#)
- [Gesundheit und Pflege \(S. 20-21\)](#)
- [Glaubens- und Gewissensfreiheit \(S. 22-23\)](#)
- [Gleichwertigkeit und Chancengleichheit \(S. 23-25\)](#)
- [Kinder und Jugendliche \(S. 26-27\)](#)
- [Lebensschutz und Menschenwürde \(S. 28-31\)](#)
- [Schutz für verfolgte ChristInnen \(S. 32-33\)](#)
- [SeniorInnen und Altersvorsorge \(S. 34-35\)](#)
- [Sicherheit und Kriminalität \(S. 36-37\)](#)
- [Umwelt- und Klimaschutz \(S. 38-39\)](#)
- [Wirtschaft und Arbeitsmarkt \(S. 40-41\)](#)



## EXPERTEN FRAGEN

Auf Grundlage der definierten Themenfelder und Fragestellungen durch ein parteiübergreifendes Gremium haben wir den 8 Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der landesweit wahlwerbenden Parteien Fragestellungen übermittelt.



## POLITIKER ANTWORTEN

Jede Spitzenkandidatin und jeder Spitzenkandidat erhielt die Möglichkeit, die Fragestellungen in einem definierten Zeitraum zu beantworten und an uns zurück zu senden. Die Antworten finden Sie u.a. in diesem Leitfaden, in den Medien der Erzdiözese Wien und über den Link [glaube.at/wahl2019](http://glaube.at/wahl2019)



## SIE BETEN UND WÄHLEN

Die christlichen Wahlprüfsteine bieten eine Orientierungshilfe im Entscheidungsfindungsprozess. Wir ermutigen Christinnen und Christen für die Wahl und die politische Landschaft unseres Landes zu beten und vom persönlichen Wahlrecht gebrauch zu machen.

Die neue  
Volkspartei.

# Sebastian Kurz

DIE NEUE VOLKSPARTEI (ÖVP)

Geboren: 27. August 1986 in Wien

Bundesparteibeamten der ÖVP

Spitzenkandidat der ÖVP

Weitere Infos: [www.oep.at](http://www.oep.at)







# Pamela Rendi-Wagner

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ÖSTERREICH (SPÖ)

Geboren: 07. Mai 1971 in Wien

Klubfrau der SPÖ

Spitzenkandidatin oder SPÖ

Weitere Infos: [www.spoe.at](http://www.spoe.at)





# Norbert Hofer

FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICH (FPÖ)

Geboren: 02. März 1971 in Voralpe

Klubobmann der FPÖ

Spitzenkandidat der FPÖ

Weitere Infos: [www.fpoe.at](http://www.fpoe.at)







# Beate Meinl-Reisinger

NEOS – DAS NEUE ÖSTERREICH UND LIBERALES FORUM (NEOS)

Geboren: 25. April 1978 in Wien

Parteivorsitzende der NEOS

Spitzenkandidatin der NEOS

Weitere Infos: [www.neos.at](http://www.neos.at)







# Werner Kogler

DIE GRÜNEN – DIE GRÜNE ALTERNATIVE (GRÜNE)

Geboren: 20. November 1961 in Hartberg

Bundessprecher der Grünen

Spitzenkandidat der Grünen

Weitere Infos: [www.gruene.at](http://www.gruene.at)





Folgende Spitzenkandidaten wollten sich den christlichen Wahlprüfsteinen nicht stellen:



## Peter Pilz

JETZT – LISTE PILZ

Geboren: 22. Jänner 1954 in Kapfenberg

Stellvertretender Vorsitzender von JETZT

Spitzenkandidat von JETZT - LISTE PILZ

Weitere Infos: [www.partei.jetzt](http://www.partei.jetzt)



## Mulla Fayad

WANDEL

Geboren: 19. Dezember 1980 in St. Veit an der Glan

Vorsitzender von WANDEL

Spitzenkandidat von WANDEL

Weitere Infos: [www.derwandel.at](http://www.derwandel.at)



## Hajnal Ivo

ALTERNATIVE LISTEN, KPÖ PLUS, LINKE UND UNABHÄNGIGE (KPÖ)

Geboren: 11. Mai 1961 in Zürich (Schweiz)

Spitzenkandidat vom Wahlbündnis aus Alternativen Listen, Kommunistischer Partei Österreichs und unabhängigen Linken

Weitere Infos: [www.wirkoennen.at](http://www.wirkoennen.at)



# Aussenpolitik und Europa

## #TERROR



**GLAUBE.at** Österreich unterhält viele Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern wie Iran und Saudi-Arabien. Die islamische Republik Iran gilt beispielsweise als größter Sponsor des weltweiten Terrors und negiert das Existenzrecht Israels. Welche Außenpolitik gedenken Sie gegenüber dem Iran und Saudi-Arabien zu verfolgen?



**Sebastian Kurz** Es liegt in unserer außenpolitischen DNA, ein Vermittler und ein Ort des Dialoges zu sein. In Richtung des Irans ist es unser Ziel, gemeinsam mit unseren EU-Partnern eine mögliche Eskalation zu verhindern und das Atomabkommen so gut wie möglich zu erhalten. Gegenüber dem Iran vertreten wir klar unsere Position der Wahrung der Menschenrechte, aber auch des Dialogs. Klar ist für uns aber: Das Existenzrecht Israels & seine Sicherheitsinteressen sind für uns nicht verhandelbar.



**Pamela Rendi-Wagner** Wir treten für eine friedensorientierte Außenpolitik ein. Die EU soll sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass beide Länder ihren Kurs der (nuklearen) Aufrüstung und militärischen Intervention beenden. Beide Länder müssen davon überzeugt werden, sich an einem Friedensprozess in der Region zu beteiligen. Dafür braucht es diplomatischen Druck der internationalen Gemeinschaft, ein Ende der Waffenlieferungen in die Region und den Erhalt des Atomabkommens mit dem Iran.



**Norbert Hofer** Österreich ist ein neutraler Staat, der seine Rolle auf diplomatischem Wege im Sinne einer aktiven Außenpolitik immer wieder zu überprüfen hat. Gewaltaktionen jeglicher Art sind klar abzulehnen. Im Sinne einer internationalen Friedenspolitik sollte Österreich Verbündete in anderen Staaten suchen und sich hier auf diplomatischem Wege – ohne Druck allerdings – versuchen, verstärkt einzubringen.



**Beate Meinl-Reisinger** Bei der Außenpolitik steht für NEOS im Zentrum, dass diese europäisch einheitlich sein muss. Nur durch ein einiges Auftreten gegenüber anderen Akteuren kann Europa etwas erreichen. Der Atom-Deal war bezüglich des Umgangs mit dem Iran ein großer Fortschritt, weil er Regeln aufstellt, deren Verletzung klare Konsequenzen nach sich zieht. Europa muss seine Werte in der Welt bewerben und verteidigen. Mit schwierigen Gesprächspartnern braucht es viel Dialog und das Einwirken der Internationalen Gemeinschaft im Sinne des Friedens und der Menschenrechte. NEOS engagiert sich dafür, dass das in der Politik der EU abgebildet ist. So setzen wir uns für eine gemeinsame Rüstungsexportkontrolle ein, die verhindern soll, dass Staaten, die in gewaltsame Auseinandersetzungen involviert sind, die Menschenrechte nicht achten, die Völkerrecht verletzen keine Waffen mehr aus Europa erhalten.



**Werner Kogler** Mit dem Ziel der Verringerung des Verbrauchs fossiler Energieträger verbinden die Grünen auch, die Abhängigkeit von Diktaturen und autoritären Regimes zu verringern und die Menschenrechte weltweit zu stärken. Deshalb haben wir uns in den letzten Jahren besonders für Menschenrechtsaktivist\*innen in Saudi Arabien, Russland und dem Iran eingesetzt. Klar ist, dass Wirtschaftsbeziehungen keinen Vorrang vor Menschenrechten haben werden, wenn die Grünen Einfluss auf die Außenpolitik nehmen können.



# Aussenpolitik und Europa

## #NATIONALISMUS



**GLAUBE.at** Stichwort Brexit. Was wollen Sie machen, um die Einheit Europas in einer Zeit des wiedererstarkenden Nationalismus zu fördern?



**Sebastian Kurz** Wir bedauern die Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen. Aber wenn es zu einem Austritt kommt, sollte dieser ein geregelter sein. Gleichzeitig müssen wir uns anlässlich des Brexit auch eingestehen, dass in Europa einiges noch nicht funktioniert. Dafür braucht es Lösungen. Als Volkspartei wollen wir Europa verändern, um es zu bewahren. Wir brauchen einen neuen Vertrag für Europa – der Spielregeln festlegt, mit denen die EU auch zur größten Errungenschaft des 21. Jahrhunderts werden kann.



**Pamela Rendi-Wagner** Die Gefährdung der Einheit Europas liegt an einer völlig verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Wir wollen, dass Europa nicht den Profit einiger weniger in den Vordergrund stellt, sondern den Wohlstand und die Bedürfnisse aller Menschen. Ein soziales, gerechtes und solidarisches Europa ist der Weg zur europäischen Einigung.



**Norbert Hofer** Die EU muss insgesamt demokratischer werden, nicht autoritärer. Wir wollen so viel Regionalismus wie möglich und nicht mehr Zentralismus als nötig – ein Europa der Vaterländer. Europas Stärke liegt in seiner Vielfalt, die es zu bewahren gilt. Wir möchten auch weiterhin Österreicher in unserem souveränen Heimatland sein und die EU verbessern, Fehlentwicklungen korrigieren und autoritäre sowie zentralistische Bestrebungen, die unsere österreichische Souveränität bedrohen, verhindern.



**Beate Meinl-Reisinger** Damit Europa endlich die Erwartungen der europäischen Bevölkerung erfüllen kann, muss es demokratischer, handlungsfähiger und bürgernäher werden. NEOS wollen daher einen mutigen Schritt in die Zukunft wagen. Denn nur ein Europa, das souverän und handlungsfähig ist, kann unseren Lebensstil sichern. Dazu brauchen wir grundlegende Reformen der Europäischen Union, weg von kleinstaatlichen Streitereien, hin zu den Vereinigten Staaten von Europa! Wir fordern die Einberufung eines Europäischen Konvents mit breiter Bürger\_innenbeteiligung. So bestehen die besten Chancen, nationalistisch-engstirnige Widerstände und politische Blockaden zu überwinden.



**Werner Kogler** Die Union muss transparenter, demokratischer und für die Menschen erkennbar sein, etwa durch Verbesserungen bei der Europäischen Bürgerinitiative und ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips im Steuerrecht und der Außenpolitik. Die Bürger\*innen sollen durch den legislativen Fußabdruck Klarheit über den Lobbyeinfluss auf Gesetze bekommen. Die „Europäischen Staatsanwaltschaft“ soll in der Betrugsbekämpfung tätig sein und die Vergabe von EU-Fördermitteln soll an rechtsstaatliche Standards gebunden sein.

# Bildung und Wissenschaft

#PRIVATUNIVERSITÄT



**GLAUBE.at** Befürworten Sie die Errichtung einer christlichen Privatuniversität in Österreich? Konkret: Wie stehen Sie zur Anerkennung des öffentlichen Status von Campus Danubia als Privatuniversität?



**Sebastian Kurz** Privatuniversitäten sind in Österreich erfolgreich etabliert. Die Etablierung neuer qualitativ hochwertiger Hochschulen ist grundsätzlich zu befürworten, die Frage zur Anerkennung des Campus Danubia als Privatuniversität kann jedoch erst beantwortet werden, wenn der Akkreditierungsantrag gemäß §2 PUG mit den damit verbundenen Voraussetzungen vorliegt. Die erforderliche Akkreditierung erfolgt durch die AQ Austria.



**Pamela Rendi-Wagner** Die Gründung einer Privatuniversität – unter Einhaltung der entsprechenden, gesetzlichen Bestimmungen – ist jederzeit möglich.



**Norbert Hofer** Egal ob kirchlich oder nicht kirchlich. Privatuniversitäten sind eine gute Ergänzung zu den öffentlichen Universitäten und gehören gefördert. Eine "Anerkennung" erfolgt jedoch nicht durch die Politik sondern durch die AQ-Austria, die ein für alle Universitäten gleiches Akkreditierungsverfahren anwendet.



**Beate Meini-Reisinger** Die generelle Fragmentierung des österreichischen Hochschulraums, an dem nicht zuletzt die Bundesländer beteiligt sind, sehen wir problematisch. Undurchsichtige und keiner Kontrolle unterliegende Finanzierungsströme unterlaufen ganz grundsätzlich die bundesweite Hochschulstrategie. NEOS fordert eine deutlichere Offenlegung und Transparenz, um hier überhaupt einmal eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen.



**Werner Kogler** Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und soll es auch bleiben. Die Wissenschaft ist frei. Es ist uns daher nicht leicht nachvollziehbar, wie sich eine „christliche Universität“, die sich der Freiheit der Wissenschaft verschrieben hat, von einer anderen Universität unterscheiden soll bzw. worin der spezifische Grund der Abgrenzung liegt.



# Bildung und Wissenschaft

## #RELIGIONSUNTERRICHT



**GLAUBE.at** Schulfach Ethikunterricht vs. Religionsunterricht:  
Wie stehen Sie dazu?



**Sebastian Kurz** Wir wollen einen verpflichtenden Ethikunterricht für all jene Schüler, die ohne Bekenntnis sind oder die sich vom Religionsunterricht abgemeldet haben. Ziel des Ethikunterrichts ist es, ein gemeinsames ethisches Fundament zu schaffen, auf dessen Basis ein respektvoller und toleranter Umgang miteinander möglich ist. Insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft ist es zentral, die Vermittlung von Grundwerten und das Wissen über verschiedene Religionen sicherzustellen.



**Pamela Rendi-Wagner** Es geht nicht um ein entweder/oder. Religion ist ein wichtiger Bestandteil des Fächerkanons an unseren Schulen. Wir setzen uns aber auch für einen Ethikunterricht für alle SchülerInnen ab der Sekundarstufe 1 ein. Im Ethikunterricht erhalten die SchülerInnen die Möglichkeit, gemeinsam - über religiöse und kulturelle Grenzen hinweg - Wertefragen und Regeln des Zusammenlebens in einer modernen, pluralistischen Gesellschaften zu diskutieren.



**Norbert Hofer** Der konfessionelle Religionsunterricht unter Beibehaltung der differenzierten Religionsausrichtungen (z.B. Aleviten, christlich-orthodoxe Gemeinden) soll beibehalten werden. Für jene die keinen Religionsunterricht besuchen, soll es einen verpflichtenden Ethikunterricht geben, in dem verfassungsmäßig verankerte Werte unterrichtet werden.



**Beate Meinl-Reisinger** In einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft erreichen traditionelle Formen der Wertevermittlung nur mehr einen Teil der Kinder und Jugendlichen. Ein Unterrichtsfach „Ethik und Religionen“ ist ein wichtiger Träger für eine pluralistische, offene und demokratische Gesellschaft. Wissen über Religionen stärkt junge Menschen in ihrer autonomen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Auch wenn Religion Privatsache ist, ist die Auseinandersetzung mit Religionen im schulischen Kontext notwendig. Sie stärkt das wechselseitige Verständnis in unserer pluralistischen Gesellschaft. Politische und weltanschaulich-religiöse Unabhängigkeit sind wichtige Anforderungen, die auch mit laufenden Evaluierungen zu gewährleisten sind. Hierfür braucht es natürlich eine eigene Ausbildung.



**Werner Kogler** Wir Grüne treten für einen staatlich organisierten und verpflichtenden Ethik- und Religionenunterricht ein. Ethik soll dabei ein Lehrfach sein, wie jedes andere. Die Lehrer\_innen benötigen also ein Lehramtstudium. Der jetzige konfessionelle Religionsunterricht soll dabei auf freiwilliger Basis erhalten bleiben.

# Ethik in Medizin und Forschung

#MISCHWESEN



**GLAUBE.at** Befürworten Sie die Erzeugung von Mischwesen (Mensch/Tier), um Organe für Transplantationen zu züchten?



**Sebastian Kurz** Eingriffe in die Keimbahn von Embryonen oder von entwicklungsfähigen Zellen sind in Österreich verboten. Das Verbot von genetischen Manipulationen - egal zu welchem Zweck - soll so bleiben wie es ist. Das Fortpflanzungsmedizingesetz und das Gentechnikgesetz enthalten dazu ganz konkrete Bestimmungen und auch einzelne eng beschränkte Ausnahmen. Eine Änderung ist nicht erforderlich.



**Pamela Rendi-Wagner** Nein, die derzeitige Gesetzeslage soll nicht verändert werden.



**Norbert Hofer** Nein.



**Beate Meinl-Reisinger** Diese Frage spielt auf die japanische Forschung an, die sich damit beschäftigt, Tiere mit menschlichen Organen zu züchten. Die japanische Regierung hob ein Verbot dieser Forschung auf, da nicht davon auszugehen ist, dass diese zur Züchtung von Mensch-Tier-Chimären führen würde. Diese Forschung befindet sich bisher noch in der Nische und ist nicht gerade die zentrale Ethikdebatte, die Österreich im Moment beschäftigt. Sollte das hier ein Thema werden, gilt es natürlich, die ethischen Implikationen solcher Forschung eingehend mit Expert\_innen zu beleuchten, bevor hier eine Entscheidung getroffen werden kann.



**Werner Kogler** Nein.



# Ethik in Medizin und Forschung

## #LEIHMUTTERSCHAFT



**GLAUBE.at** Wie stehen Sie zur Leihmutterschaft?  
Befürworten Sie eine Legalisierung in Österreich?



**Sebastian Kurz** Die Leihmutterschaft ist in mehreren Ländern Europas und so auch in Österreich verboten. Aus Sicht der Volkspartei trägt die geltende Rechtslage medizin-ethischen Standards bestmöglich Rechnung und verhindert, dass die Geburt kommerzialisiert und ein Kind zur Ware wird. Die Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes wurden auch von der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bestätigt. Die geltende rechtliche Regelung hält Risiken für alle Beteiligten so gering wie möglich. Das soll auch weiterhin so bleiben.



**Pamela Rendi-Wagner** Die SPÖ lehnt, so wie alle anderen Parlamentsparteien auch, die Leihmutterschaft ab, wobei die Ablehnung der Ausbeutung von Frauen durch Leihmutterschaft im Vordergrund steht.



**Norbert Hofer** Nein.



**Beate Meinl-Reisinger** Wir sehen vor allem die kommerzielle Leihmutterschaft sehr kritisch und ethisch höchst bedenklich. In Österreich gibt es gute Gründe für ein Verbot - ethischer, medizinischer und vor allem auch rechtlicher Natur.



**Werner Kogler** Wir lehnen Leihmutterschaft ab, weil sie unlösbare Probleme für alle Beteiligten schafft. Wir haben aber als Gesellschaft auch sicherzustellen, dass Kinder, die in anderen Ländern von Leihmüttern geboren wurden, in Österreich nicht rechtlich benachteiligt werden.

# Ehe und Familie

## #ABTREIBUNG



**GLAUBE.at** Es gibt Studien\*, die negative Folgen nach einer Abtreibung nachweisen. Zudem gibt es Fachkräfte sowie Organisationen (wie z.B. auch SaveOne), die täglich mit Menschen in Kontakt treten, die unter den Folgen einer Abtreibung leiden. Zu sagen, dass es keine negativen Folgen gibt oder dass Post-Abortion-Syndrom nicht existiert, ist unverständlich. Planen Sie Einrichtungs- und Beratungsstellen finanziell besser zu fördern, welche Schwangere in Krisensituationen helfen sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen und Familien nach einer Abtreibung bieten?



**Sebastian Kurz** Als Volkspartei haben wir eine uneingeschränkte Achtung vor dem menschlichen Leben – dem geborenen und dem ungeborenen. Wir vertreten daher die Position, dass Politik und Gesellschaft jene Bedingungen zu schaffen haben, die Mut zum Kind machen und so Abtreibungen vorbeugen. Im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten wollen wir daher Maßnahmen unterstützen, mit denen werdenden Eltern in Konfliktsituationen bestmögliche Beratung und Hilfestellung geboten wird – ganz besonders in Fällen geistig oder körperlich behinderter Kinder.



**Pamela Rendi-Wagner** Schwangerschaftsabbruch ist für uns ein Frauenrecht. An der Fristenregelung darf nicht gerüttelt werden. Frauen in ganz Österreich müssen die sichere Möglichkeit haben, eine Schwangerschaft abzubrechen. Und das mit bester medizinischer, psychologischer und sozialer Betreuung. Daher wollen wir auch die Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen in öffentlichen Krankenanstalten in allen Bundesländern garantieren. Das Budget für Frauen- und Gleichstellungspolitik braucht dringend eine massive Erhöhung.



**Norbert Hofer** Ja



**Beate Meinl-Reisinger** Eine Schwangerschaft abzubrechen stellt für betroffene Frauen häufig eine große körperliche und psychische Belastung dar. Das Ziel muss es deshalb sein, die Anzahl der ungewollten Schwangerschaften zu reduzieren. Selbstverständlich sind wir für die ausreichende Finanzierung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen durch medizinisches und psychologisches Personal. Wir sind fest davon überzeugt, dass ein Ausbau von sexueller Bildung & leichterem Zugang zu Verhütung dringend notwendig sind, damit es erst gar nicht soweit kommt. Körperliche Selbstbestimmung und Integrität sind unbedingt zu schützen – daher muss es für Frauen einen sicheren Zugang zum Schwangerschaftsabbruch geben, und das am besten in jedem öffentlichen Krankenhaus.



**Werner Kogler** Die Grünen treten für einen Ausbau und eine deutlich bessere Finanzierung von Frauenberatungsstellen ein. Ziel ist es, Frauen ganz generell in Problemlagen individuell und situativ angepasst jene Unterstützung zukommen zu lassen, die sie benötigen.



# Ehe und Familie

#FAMILIENFREUNDLICH



**GLAUBE.at** Welchen Wert hat das klassische Familienbild (Vater, Mutter, Kinder) für Sie persönlich?

Was wollen Sie tun, damit Österreich familien- und kinderfreundlicher wird?



**Sebastian Kurz** Das Leitbild der Volkspartei sind Familien mit Kindern (Vater, Mutter, Kinder). Wir schreiben den Menschen aber nicht vor, wie sie zu leben haben. Wir respektieren und anerkennen daher auch andere Formen des Zusammenlebens, in denen Verantwortung und Sorge füreinander getragen wird und die einen Beitrag zu einer stabilen und verantwortungsbewussten Gesellschaft leisten. Mit dem Familienbonus haben wir die größte steuerliche Entlastung geschaffen, die es für Familien in unserem Land je gegeben hat.



**Pamela Rendi-Wagner** Familie ist, wenn zwei oder mehr Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und sich wohl fühlen. Ob das Oma und Enkel, Alleinerziehende mit Kind, (gleichgeschlechtliche) Ehepaare mit und ohne Kind oder andere Formen des Zusammenlebens sind, spielt keine Rolle. Das typische Familienbild von Mutter, Vater, Kinder hat sich in unserer Gesellschaft verändert. Daher müssen sich auch unser Zugang und die Rahmenbedingungen für Familien verändern. Wir brauchen ein modernes Familienbild, das die Lebensrealitäten der Menschen widerspiegelt.\*



**Norbert Hofer** Mit den jüngsten Änderungen im Modell der Eingetragenen Partnerschaft, die nun Personen gleichen wie verschiedenen Geschlechts offensteht, gibt es keine Diskriminierung mehr. Die Ehe als zentrale Institution des Erhalts der Gesellschaft sollte daher wieder in ihrer ursprünglichen Form wechselseitiger Rechte und Pflichten unter Personen verschiedenen Geschlechtes gesetzlich verankert werden. Die besondere Regelung der Ehe zwischen Mann und Frau rührt daher, dass aus dieser Kinder hervorgehen können. Wir versuchen für unser Vorhaben eine parlamentarische Mehrheit zu finden, haben aber – auch von der ÖVP – abschlägige Antworten erhalten.



**Beate Meinl-Reisinger** Das klassische Familienbild hat niemals die Realitäten und die Vielfalt der Gesellschaft abgedeckt. Biographien, Lebensentwürfe und damit entstehende Bedürfnisse sind unterschiedlich. In einer liberalen und demokratischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert dürfen gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Alleinerzieher\_innen, Patchworkfamilien etc. nicht schlechter gestellt sein als andere. Eine Familie besteht nicht zwingend nur aus Vater, Mutter und Kindern, sondern aus Menschen, die Verantwortung für einander übernehmen. Damit Österreich familienfreundlicher wird, gibt es viele denkbare Maßnahmen in unterschiedlichen Politikbereichen. \*



**Werner Kogler** Kinder haben in Planung und Politik Maßstab für Maßnahmen sein. Von der Existenzsicherung über die Qualität der Kinderbetreuung und Schule bis hin zur Sicherung der Rechte von Kindern. Wir wollen eine Verbesserung der Absicherung von Kindern, den kindergerechter Umbau des öffentlichen Raums und eine Qualitätsoffensive in Kindergarten, Schule und Betreuung sein. Das beinhaltet etwa ein Aus für familienfeindliche Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen. Das alles ist unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung der Eltern.

\* Die vollständige Antwort von [SPÖ](#) und [NEOS](#) finden Sie unter [www.glaube.at/wahl2019](http://www.glaube.at/wahl2019)

# Flüchtlingskrise und Integration

#FLÜCHTLINGSHILFE



**GLAUBE.at** Sollen NPOs Flüchtlinge im Mittelmeer retten und in europäische Häfen bringen?



**Sebastian Kurz** Die Rettung auf hoher See, die lückenlos funktionieren muss, soll künftig stärker durch die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX gemeinsam mit den nationalen Küstenwachen sichergestellt werden. Klar ist: Wer in Seenot ist, muss gerettet werden. Die Rettung von schiffbrüchigen Migrant\*innen darf aber nicht automatisch mit einer Weiterreise nach Europa verbunden sein. Daher sollen Migrant\*innen nach ihrer Rettung nicht nach Europa, sondern zurück in ihre Herkunfts- oder sichere Transitländer gebracht werden.



**Pamela Rendi-Wagner** Viele Menschen müssen unfreiwillig ihre Heimat verlassen. Erzwungene Migration hat viele Ursachen: Flucht vor Krieg, Gewalt und Hunger vor individueller persönlicher Verfolgung. Wenn daher also Flüchtlinge im Mittelmeer in Seenot geraten, ist es unsere menschliche Pflicht diese hilfesuchenden Menschen vor dem Tod zu bewahren. In weiterer Folge ist es notwendig, Schutzsuchende in der Europäischen Union nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten fair zu verteilen.



**Norbert Hofer** Nein, weil damit nur ein Anreiz für Wirtschaftsflüchtlinge geschaffen und das kriminelle Geschäft der Schlepper unterstützt wird. Wichtiger wäre es in den Regionen, von wo die Flüchtlingsboote starten, aktiv zu werden, dort zu helfen und den Schleppern vor Ort das Handwerk zu legen.



**Beate Meinl-Reisinger** Die Rettung von Personen, die aus dem einen oder anderen Grund auf europäischem Seegebiet in Seenot geraten sind, muss geordnet und mit klarer Zuständigkeit organisiert werden. Wir wollen einen zivilen europäischen Seenotrettungsdienst, in den auch NGOs eingegliedert werden, die Seenotrettung betreiben. Alle müssen sich an Regeln halten (Personen müssen registriert werden etc.). Gerettete Personen sollen künftig durch ein europäisch einheitliches, schnelles Asylverfahren gehen und werden bei negativem Bescheid rückgeführt. Damit Personen in Staaten wie Libyen vor Tod, Folter und Vergewaltigung sicher sind, soll die EU die Kosten für die dortigen Flüchtlingslager übernehmen, sofern diese dem UNHCR übergeben werden. Dieser kann aus den Camps direkt die schwächsten und hilfebedürftigsten Personen in Staaten bringen, in denen sie einen Asylantrag stellen können, wie das bereits jetzt der Fall ist, damit sie dafür nicht in ein Boot steigen müssen.



**Werner Kogler** Wenn und solange die EU und ihre Mitgliedsstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, dann selbstverständlich ja. Besser wäre es aber, wenn dies nicht notwendig wäre, weil die Staaten ihre Verpflichtungen erfüllen.



# Flüchtlingskrise und Integration

#ASYLWERBER



**GLAUBE.at** Sprechen Sie sich dafür aus, dass zum Christentum konvertierte Asylwerber definitiv nicht abgeschoben werden, wenn die Kirche die Rechtmäßigkeit der Konversion bestätigt?



**Sebastian Kurz** Im Rahmen der Einzelfallprüfung von Asylverfahren müssen alle möglichen Asylgründe geprüft werden. Klar ist aber, dass die Entscheidung über Asyl oder ein humanitäres Bleiberecht unabhängig von der Politik von den Behörden und Gerichten gefällt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, die zuständigen Personen aber bestmöglich auf religiöse Themen zu sensibilisieren.



**Pamela Rendi-Wagner** Ein Asylwerber, der wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt wird, kann definitiv nicht abgeschoben werden. Das gilt selbstverständlich auch für Asylwerber, die glaubhaft machen können, dass ihnen aufgrund ihrer Konvertierung zum Christentum eine Verfolgung im Herkunftsstaat droht. Eine Bestätigung der Kirche über die Rechtmäßigkeit der Konversion kann hierbei ein Indiz darstellen.



**Norbert Hofer** Wenn es nicht schon ein Fluchtgrund war, also eine Verfolgung aus religiösen Gründen stattgefunden hat, scheint der Anreiz zum Missbrauch sehr hoch.



**Beate Meinl-Reisinger** Wenn Menschen in ihrer Heimat - etwa aufgrund ihres (neuen) Glaubens - Verfolgung droht, sollen sie in Österreich Schutz bekommen. Dies gilt für alle Religionen gleichermaßen.



**Werner Kogler** Konvertit\*innen abzuschieben ist regelmäßig gleichzusetzen mit deren Verfolgung bis hin zum Tod. Selbstverständlich sollen Konvertit\*innen – der Rechtsordnung entsprechend – nicht abgeschoben werden.

# Gesundheit und Pflege

## #GEWISSENSFREIHEIT



**GLAUBE.at** Soll der Schutz der Gewissensfreiheit von Menschen im Gesundheitsbereich gesetzlich verankert werden (bspw. wenn ein Arzt oder Hebamme keine Abtreibung durchführen möchte)?



**Sebastian Kurz** Wir bekennen uns zur Gewissensfreiheit des Einzelnen, die Gewissensklausel ist auch gesetzlich verankert. Wir halten an der geltenden Rechtslage in Österreich fest und sehen derzeit keinen Änderungsbedarf.



**Pamela Rendi-Wagner** Kein Arzt und keine Ärztin wird gegen seinen oder ihren Willen dazu gezwungen, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Für mich ist aber auch klar, dass die Möglichkeit für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch für jede Frau bestehen muss. Die SPÖ-Frauen setzen sich hier seit Jahren dafür ein, Schwangerschaftsabbrüche in allen Bundesländern zu ermöglichen.



**Norbert Hofer** Ja.



**Beate Meinl-Reisinger** Die derzeitige gesetzliche Lage ist aus unserer Sicht ausreichend, da niemand zu diesen Eingriffen gezwungen werden kann.



**Werner Kogler** Die Gewissensfreiheit im Gesundheitsbereich ist umgesetzt. In Österreich wird niemand gezwungen, eine Abtreibung vorzunehmen.

# Gesundheit und Pflege

## #STERBEHILFE



**GLAUBE.at** Wie stehen Sie zur aktiven Sterbehilfe?



**Sebastian Kurz** Wir haben uneingeschränkte Achtung vor dem menschlichen Leben – dem geborenen und dem ungeborenen. Unser Menschenbild gebietet trotz aller medizinischen Machbarkeit Respekt vor dem Tod. Die Menschen müssen ein Recht auf ein menschenwürdiges Sterben in unserem Land haben. Ein Patient und Angehörige haben ein Recht darauf, die Anwendung aussichtsloser medizinisch-technischer Methoden abzulehnen. Aktive Sterbehilfe lehnen wir aber klar ab und wollen stattdessen das Palliativ- und Hospizwesen stärken.



**Pamela Rendi-Wagner** Die aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Die Vision der Sozialdemokratie ist es, die Hospiz- und Palliativversorgung in Österreich derart flächendeckend und bedarfsorientiert auszubauen, dass sich der Wunsch nach "aktiver Sterbehilfe" erübrigt.



**Norbert Hofer** Die aktive Sterbehilfe wird abgelehnt.



**Beate Meinl-Reisinger** Einer so komplexen und sensiblen Frage stellt man sich nicht mit Denkverboten, sondern in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs.



**Werner Kogler** Die Grünen schlagen zahlreiche Maßnahmen vor, um individuelle Sterbewünsche zu verhindern bzw. ihnen entgegenzuwirken. Dazu zählt der Ausbau von Betreuungs- und Unterstützungsangeboten, des Hospizwesens und der psychischen Betreuung von schwerkranken Menschen und ihrer Angehörigen.



# Glaubens- und Gewissensfreiheit

#KARFREITAG



**GLAUBE.at** Würden Sie einen Gesetzesentwurf, der den Karfreitag als allgemeinen Feiertag einführt, zustimmen?



**Sebastian Kurz** Infolge des EuGH-Urteils wurde im engen Austausch mit Religionsvertretern eine Neuordnung des Karfreitags diskutiert. Die Bundesregierung hat sich auf eine Lösung geeinigt, die möglichst nah an der bisherigen Regelung ist: Künftig gibt es einen „persönlichen Feiertag“ mit Rechtsanspruch, der im Rahmen des bestehenden Urlaubskontingents beansprucht werden kann und mit dem weiterhin die Religionsausübung ermöglicht wird. Diese Lösung schafft Rechtssicherheit und Gerechtigkeit im Sinne des EUGH-Urteils.



**Pamela Rendi-Wagner** Für uns ist klar: Der Karfreitag muss ein Feiertag für alle ArbeitnehmerInnen werden. Und zwar ohne dass dadurch ein Urlaubstag konsumiert werden muss. Die arbeitnehmerInnenfeindliche Regelung von ÖVP und FPÖ lehnen wir entschieden ab.



**Norbert Hofer** Die derzeit geltende Karfreitagsregelung wurde erst Anfang dieses Jahres auch mit den Stimmen der FPÖ beschlossen. Die damalige ÖVP-FPÖ-Regierung hat die Karfreitagslösung erst nach intensiver Diskussion und in Abstimmung mit allen Religionsgemeinschaften getroffen. Aus unserer Sicht ist es derzeit für eine neuerliche Änderung in Bezug auf den Karfreitag und eine diesbezügliche Feiertagsregelung zu früh.



**Beate Meini-Reisinger** Der Karfreitag wurde von einem gesetzlichen zu einem persönlichen Feiertag und zählt jetzt als Urlaubstag. Es gibt keine Mehrheiten für einen besseren Kompromiss, darum wird die aktuelle Regelung mit hoher Wahrscheinlichkeit bestehen bleiben.



**Werner Kogler** Ja. Ein zusätzlicher Feiertag ist unabhängig von der Religion wünschenswert. Nachdem die Arbeitsproduktivität wie auch die Arbeitsintensität stark gestiegen ist, ist zusätzliche Freizeit und Familienzeit absolut angebracht. Außerdem ist der Wunsch der Gläubigen, diesen Feiertag zurückzubekommen, nachvollziehbar und zu respektieren.

# Glaubens- und Gewissensfreiheit

#RELIGIONSFREIHEIT



**GLAUBE.at** Wo sehen Sie die Religionsfreiheit in Österreich gefährdet?



**Sebastian Kurz** Die Religionsfreiheit ist in Österreich verfassungsrechtlich geschützt. Wir bekennen uns auch zum friedlichen Neben- und Miteinander der Religionen in unserem Land. Grundvoraussetzung muss dabei aber die Beachtung der österreichischen Gesetze und unserer Werte des Zusammenlebens sein. Extremistische Strömungen wie etwa den Politischen Islam lehnen wir daher entschieden ab.



**Pamela Rendi-Wagner** Die Religionsfreiheit ist ein wichtiges Gut unserer demokratischen Gesellschaft. Jeder Mensch in Österreich hat das Recht, sich zu einer Glaubensgemeinschaft zu bekennen. Diese Freiheit sehen wir nicht gefährdet.



**Norbert Hofer** Die größte Gefährdung geht aus unserer Sicht vom radikalen politischen Islam aus, die radikalisierte Art von Religion hat Österreich nichts verloren. Gläubige und deren Religion müssen vor dem Missbrauch durch Extremismus geschützt werden. Die Religionsfreiheit anerkannter Glaubensgemeinschaften ist uns ein wichtiges Anliegen. Das bedeutet nicht nur die Freiheit, sich zu einer Religionsgemeinschaft zu bekennen, sondern insbesondere den Schutz des Einzelnen und der Gemeinschaft vor religiösem Fanatismus.



**Beate Meini-Reisinger** Die Religionsfreiheit gewährleistet, sich ab der Religionsmündigkeit seine Religion oder Weltanschauung selbst aussuchen zu dürfen oder frei von Religion zu sein. Hier kann ein Ethik- und Religionenunterricht hilfreich sein.



**Werner Kogler** In Österreich ist das individuelle Recht, einen Glauben privat im Rahmen der Gesetze auszuüben, nicht eingeschränkt.

# Gleichwertigkeit und Chancengleichheit

## #ARBEITSMARKT



**GLAUBE.at** Welche Maßnahmen fordern Sie, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt zu verbessern?



**Sebastian Kurz** Hier gilt es an mehreren Punkten anzusetzen, vor allem aber müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr in den Mittelpunkt stellen. Auch mit dem mit September in Kraft getretenen Papamonat haben wir eine wichtige Maßnahme umgesetzt. Zusätzlich ist es natürlich wichtig, dass es mehr Bewusstseinsbildung bei den Unternehmen gibt, dass Frauen für die gleiche Arbeit auch gleichwertig entlohnt werden. Nicht zuletzt müssen wir dafür sorgen, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen.



**Pamela Rendi-Wagner** Mit 1. August wurde unsere langjährige Forderung nach einer Anrechnung der Karenzzeiten umgesetzt. Das ist ein sozial- und frauenpolitischer Meilenstein um die Lohnschere zwischen Frauen und Männern zu schließen.

Außerdem fordern wir:

- Mehrarbeitszuschläge in Teilzeit nicht mit 25 sondern wie bei Vollzeitüberstunden mit 50% abgelten.
- Ersatzzeiten als Beitragszeiten für die Pension, wie jene für die Kindererziehung, anrechnen.
- Einkommenstransparenz massiv ausweiten.
- Ausbauoffensive in der Kinderbetreuung.



**Norbert Hofer** Bei der Aus-, Fort und Weiterbildung muss bereits auf Chancengleichheit ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Darüber hinaus muss auch bei der Abgeltung der Arbeitsleistung – Stichwort Löhne und Gehälter – gleiche Leistung gleich bezahlt werden. Bisher bevorzugt von Männern ausgeübte Berufe, etwa im technischen Bereich, sind durch besondere Fördermaßnahmen für Frauen zu attraktivieren.



**Beate Meinl-Reisinger** Eine moderne Familienpolitik muss Rahmenbedingungen schaffen, die es allen Elternteilen ermöglicht, eine stärkere Rolle im Familienleben einnehmen zu können. Frauen müssen gleichberechtigte Möglichkeiten haben, am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Ein wesentlicher Schlüssel, um dieser Thematik zu begegnen, ist ein gleichberechtigter Karenzanspruch für beide Elternteile. Die Steuerpolitik und der Lastenausgleich beeinflussen die ökonomische und soziale Sicherheit von Familien bzw. Kindern. Eine entsprechende Infrastruktur mit vielen Kinderbetreuungsplätzen ist eine wesentliche Maßnahme um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern.



**Werner Kogler** Neben einem Mindestlohn und einer Arbeitszeitverkürzung treten die Grünen für verpflichtende Frauenförderungs- und Gleichstellungsprogramme sowie Einkommensberichte in Unternehmen ein. Die Vergabe von Förderungen und öffentlicher Aufträge ist an den Erfolg dieser Programme zu binden. Im Übrigen sollen Überstunden für Unternehmen verteuert werden, um eine bessere Verteilung der Arbeit zu erreichen. Außerdem schlagen wir effektive Maßnahmen zur Erhöhung der Männerbeteiligung an der Familienarbeit vor.



# Gleichwertigkeit und Chancengleichheit

## #ERZIEHUNG



**GLAUBE.at** Wie stehen Sie dazu, wenn bereits Kinder geschlechtsneutral erzogen werden, oder brauchen wir klare Männer- und Frauenbilder?



**Sebastian Kurz** Als Volkspartei bekennen wir uns zur Wahlfreiheit. Das gilt auch für Eltern hinsichtlich der Art ihrer Kindererziehung. Das Kindeswohl muss jedoch zu jeder Zeit im Mittelpunkt stehen. Nur so kann eine ungehinderte Entfaltung und Entwicklung zu eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten unserer Kinder sichergestellt werden.



**Pamela Rendi-Wagner** Wir wollen unsere Kinder dazu ermutigen nicht in klassischen Rollenbildern aufzugehen. Dabei wollen wir sie frühzeitig unterstützen und PädagogInnen bereits in der Ausbildung stärker sensibilisieren. Mädchen und Burschen sollen sich frei für einen Beruf entscheiden können. Haus- und Erziehungsarbeit wird noch überwiegend von Frauen geleistet. Frauen sind dadurch öfter von Altersarmut betroffen. Dabei brauchen wir Frauen in technischen Berufen ebenso wie Männer in sozialen und Dienstleistungsbranchen. Das Aufbrechen von Rollenbildern spielt dabei eine zentrale Rolle.



**Norbert Hofer** „Gender Mainstreaming“, welches die Auflösung der Familie verfolgt und das Zusammenleben von Mann und Frau missachtet, das auf gegenseitiger Achtung, Vertrauen und Liebe basiert, wird von uns abgelehnt. Es gilt vielmehr, Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern zu schaffen. Hierfür muss man nicht die Geschlechter abschaffen und sich über die Natur hinwegsetzen, sondern beiden Geschlechtern von Kind an gleiche Chancen sowie Rechte in allen Bereichen einräumen.



**Beate Meinl-Reisinger** Die Erziehung der Kinder obliegt, insofern nicht gegen Gesetze verstoßen wird, den Eltern.



**Werner Kogler** Die Gesellschaft ist geprägt von sehr überzeichneten und skurrilen Frauen- und Männerbildern, die erhebliche gesellschaftliche und individuelle Konflikte auslösen: von ungleicher Bewertung von Arbeit bis hin zu Gewalt in Partnerschaften und sexualisierter Gewalt. Die Grünen unterstützen alle Bemühungen, Ausgrenzung und Gewalt zu verringern und ihnen entgegenzuwirken.

# Kinder und Jugendliche

## #ADOPTION



**GLAUBE.at** Adoptiveltern dürfen laut der jetzigen Gesetzgebung ein Kind erst nach 6 Monaten adoptieren. Mit 3 Monaten kann ein Kind Eltern als seine Bezugspersonen von anderen Personen deutlich unterscheiden. Bis dahin dürfen die leiblichen Eltern jederzeit ihr Kind zurückfordern.

Sollte diese Zeitspanne zum Wohl der Kinder auf 3 Monate reduziert werden?



**Sebastian Kurz** Eine Adoption ist grundsätzlich eine sehr sensible Angelegenheit für alle Beteiligten, bei der es so behutsam wie möglich vorzugehen gilt. Ein Kind zur Adoption freizugeben, ist eine äußerst weitreichende Entscheidung von großer Tragweite für das weitere Leben, sodass die in der Praxis vorgesehenen 6 Monate durchaus angebracht scheinen und sich auch bewährt haben. An erster Stelle müssen die Rechte des Kindes stehen, nicht die der Adoptiveltern.



**Pamela Rendi-Wagner** Derzeit sind keine Änderungen im Adoptionsrecht angedacht.



**Norbert Hofer** Die FPÖ setzt seit jeher für die Förderung des Kindeswohls ein. Eine allfällige Änderung der Adoptionsregelungen kommt ohne vorhergehende Evaluierung des Bereichs nicht in Betracht.



**Beate Meinl-Reisinger** In diesem Bereich sehen wir keinen Anlass für eine Gesetzesänderung.



**Werner Kogler** Nein. Eine Verkürzung der Frist löst kein einziges Problem, sondern verlagert bestehende Probleme nur auf eine andere Ebene. Sofern das Kindeswohl in Gefahr ist, ist die Behörde bereits jetzt verpflichtet, einzuschreiten.

# Kinder und Jugendliche

## #PORNOGRAFIE



**GLAUBE.at** Pornografische Inhalte werden Kindern und Jugendlichen über neue Medien immer leichter zugänglich. Wie wollen Sie den Schutz für Kinder in den Medien erhöhen?



**Sebastian Kurz** Digitalisierung ist eine Chance für junge Menschen, wenngleich Herausforderungen und Gefahren, wie z.B. unerlaubter Konsum von pornografischen Inhalten, Cyber-Mobbing etc. damit einhergehen. Wir müssen daher bereits früher – am besten im Kindergarten – bei einem verantwortungsvollen Umgang mit Medien ansetzen und die Medienkompetenz der Kinder im Sinne eines umfassenden Verständnisses stärken. Dazu gehört auch, dass sich Eltern bewusst mit den Gefahren für ihre Kinder im Internet auseinandersetzen.



**Pamela Rendi-Wagner** Heutzutage, wo fast jedes Kind mit einem Internetzugang zuhause aufwächst, ist es wichtig, auch den richtigen Umgang mit diesen sogenannten neuen Medien zu vermitteln. Kritische Auseinandersetzung mit digitalen Inhalten gehört hier zu einer wichtigen Kernkompetenz, die wir unseren Kindern vermitteln müssen.



**Norbert Hofer** Hier müssen zunächst die Erziehungsberechtigten ihrer Aufsichtspflicht nachkommen. Es gibt zahlreiche technische Möglichkeiten, wie etwa Einstellungen am Handy oder am Computer, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche Zugang zu pornografischen Inhalten erhalten. Ein generelles Verbot der Verbreitung pornografischer Inhalte lehnen wir ab, da dies eine Zensur darstellen würde. Selbstverständlich muss die Verbreitung illegalen Materials, wie Kinderpornos, strengstens bestraft werden.



**Beate Meinl-Reisinger** Wir begreifen die Digitalisierung als Chance, ohne ihre Risiken zu übersehen. Themen wie „Fake News“ oder Cybermobbing müssen als mögliche Gefahren ernstgenommen und thematisiert werden. Wir fordern hier einen starken Fokus auf das Thema Medienkompetenz in den Schulen und der Lehrer\_innenausbildung.



**Werner Kogler** Schutz vor grundsätzlich zugänglichen Inhalten kann nie mit technischen Maßnahmen erreicht oder umgesetzt werden. Das zeigt sich allein schon in der Umgehbarkeit der technischen Internet-Sperren in Ländern, die wirklich viel in Zensur investieren. Es bedarf daher einer Stärkung der Medienkompetenz sowie der Vermittlung der Grundlagen der biologischen Funktionen, um Bedürfnisse und Grenzen des eigenen Körpers kennenzulernen und auch die Wahrnehmung für die Wünsche und Grenzen des Gegenübers zu schärfen.



# Lebensschutz und Menschenwürde

#FAIRÄNDERN



**GLAUBE.at** Die Bürgerinitiative #Fairändern wurde von über 60.000 Österreichern unterschrieben. Derzeit wird #Fairändern im Petitionsausschuss des Parlaments behandelt und beinhaltet 6 Punkte:

- Offizielle Statistik und anonyme Motivforschung zu Schwangerschaftsabbrüchen
- Hinweispflicht des Arztes auf Unterstützungs- und Beratungsangebote für schwangere Frauen
- Bedenkfrist zwischen Anmeldung und Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs von mindestens 3 Tagen
- Informationskampagne über Adoption/Pflege als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch
- Beendigung der Diskriminierung von behinderten Kindern vor der Geburt
- Breitgefächertes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Eltern, die ein Kind mit Behinderung erwarten.

Welche der 6 Punkte von #Fairändern sollen Ihrer Meinung nach umgesetzt werden?  
(Bitte um kurze Stellungnahme zu jedem der 6 Punkte.)



**Sebastian Kurz** Wir wollen eine vorurteilsfreie Diskussion über diese Petition mit Betroffenen und Experten. Die Möglichkeit behinderte Kinder außerhalb der Fristenregelung bis zur Geburt abtreiben zu können, ist kritisch zu hinterfragen. Änderungen bei der Fristenlösung selbst sind kein Thema. Wir müssen aber werdende Eltern durch verbesserte Rahmenbedingungen und Beratung unterstützen. Wir wollen Frauen in Entscheidungssituationen nicht allein lassen.



**Pamela Rendi-Wagner** An den Rechten der Frauen darf nicht gerüttelt werden, das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper muss bestehen bleiben. Gleichzeitig stellen wir klar, dass wir jede Form von Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen vehement ablehnen. Menschen, die sich für ein Kind mit Behinderung entscheiden, brauchen Beratung und Unterstützung - aber auch die Freiheit, sich im Fall einer embryopathischen Indikationen gegen eine solche Schwangerschaft zu entscheiden. Statt einer Veränderung bzw. einem Rütteln an der embryopathischen Indikation braucht es viel mehr echte Förderungen für Frauen und vor allem für Menschen mit Behinderungen. Denn es kann nicht sein, dass Menschen mit Behinderungen sowie Mütter von Kindern mit Behinderungen von unserer Gesellschaft behindert werden. Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht jeder Frau und diese darf nicht angetastet werden.

Stattdessen braucht es sogar massive Verbesserungen von staatlicher Seite:

- Es muss endlich in ganz Österreich möglich sein, einen Schwangerschaftsabbruch in einem öffentlichen Spital durchführen zu lassen. Frauen müssen darauf vertrauen können, dass sie in ihrer Nähe medizinisch gut betreut werden.
- Es braucht außerdem einen selbstbestimmten Umgang mit Sexualität, flächendeckende, kostenfreie Sexualpädagogik und einen kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln.
- Und es muss der Aktionsplan Frauengesundheit dringend umgesetzt werden - mit speziellem Blick auf die Maßnahmen zum Wirkungsziel13.
- Und es braucht sozialpolitische Maßnahmen für Frauen und Kinder, wie etwa eine Unterhaltsgarantie, eine Ausbauoffensive im Bereich der Kinderbetreuung, einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag sowie € 1.500 Familienbonus für jedes Kind.

# Lebensschutz und Menschenwürde

#FAIRÄNDERN



Norbert Hofer

- **Offizielle Statistik und anonyme Motivforschung zu Schwangerschaftsabbrüchen**

Ja, denn es ist wichtig endlich Zahlen zu haben und zu wissen, was eine Frau zu einer Abtreibung motiviert und so kann eine Statistik Aufschluss darüber geben, inwiefern die Rahmenbedingungen geschaffen/verändert/optimiert werden können, damit eine Frau sich erst gar nicht für eine Abtreibung entscheiden muss - selbstverständlich unter absoluter Wahrung der Anonymität.

- **Hinweispflicht des Arztes auf Unterstützungs- und Beratungsangebote für schwangere Frauen**

Ja, wir unterstützen sowohl die Ausarbeitung als auch das Auflegen von Informationsmaterial über alle öffentlichen qualitätsgesicherten Beratungsangebote und gehen davon aus, dass die behandelten Ärzte die zur Verfügung gestellten Unterlagen begrüßen und verwenden werden.

- **Bedenkfrist zwischen Anmeldung und Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs von mindestens 3 Tagen**

Schon seit Jahren fordern wir die Einführung einer Bedenkzeit. Eine solche Entscheidung darf nicht übereilig und unter Zeitdruck getroffen werden. Die psychische Belastung sowie der große Druck, unter dem diese Frauen stehen, ist enorm und daher halten wir eine zeitlich angemessene Bedenkzeit für unbedingt notwendig.

- **Informationskampagne über Adoption/Pflege als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch**

Wir unterstützen jede Maßnahme, die Alternativen aufzeigt und so den Frauen zeigt, dass ein Schwangerschaftsabbruch nicht die einzige Möglichkeit ist.

- **Beendigung der Diskriminierung von behinderten Kindern vor der Geburt**

Die Streichung der Regelung zur sogenannten Eugenischen Indikation ist eine langjährige Forderung von uns und aus Gründen der Menschenwürde dringend notwendig. Es muss ein Zeichen gesetzt werden, dass wir das Leben eines Menschen mit Behinderung/Beeinträchtigung nicht als unwertes Leben betrachten, das nur aufgrund der Gefahr der Behinderung bis unmittelbar vor der Geburt ausgelöscht werden darf.

- **Breitgefächertes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Eltern, die ein Kind mit Behinderung erwarten.**

Ja, denn es ist wichtig, den Frauen/Eltern/Familien deutlich zu signalisieren, dass sie auf vollste Unterstützung inkl. aller sozialen und finanziellen Maßnahmen zählen können, dass ihr ungeheurer persönlicher Einsatz wertgeschätzt und sie so zuversichtlich in die Zukunft gehen können. Denn gerade diese Familien dürfen nicht unter Druck gesetzt werden – weder finanziell noch gesellschaftlich.

# Lebensschutz und Menschenwürde

#FAIRÄNDERN



**Beate Meinl-Reisinger** Die Petition #fairändern fordert unter anderem die Abschaffung der embryopathischen Indikation, also den medizinisch herbeigeführten Abbruch einer Schwangerschaft nach der 12. Woche, der unter bestimmten Bedingungen straffrei bleibt. NEOS positioniert sich gegen diese Petition. Die Abschaffung der embryopathischen Indikation würde die Zahl der Abtreibungen sogar erhöhen, weil dann im Zweifel über eine Embryopathie jedenfalls eine Abtreibung innerhalb der 12-Wochen-Frist vorgenommen würde. Für ein Ziel der Verringerung der Zahl der Abtreibungen wäre die Forderung der Petition daher kontraproduktiv.



**Werner Kogler** Die Grünen haben im Zuge der parlamentarischen Behandlung der Initiative gemeinsam mit der Initiative *#keinen Milimeter mehr* eine umfassende Stellungnahme abgegeben. Wir können in dieser Initiative keinen Vorschlag zur Verbesserung der Situation betroffener Frauen und Familien erkennen.



# Lebensschutz und Menschenwürde

## #MOTIVFORSCHUNG



**GLAUBE.at** In Deutschland wird von Gesundheitsminister Jens Spahn eine Studie\* zu den psychologischen Folgen eines Schwangerschaftsabbruches in Auftrag gegeben. Es gibt internationale Studien, die ein erhöhtes Risiko für psychologische Folgen und Substanzmissbrauch nach einer Abtreibung aufzeigen\*. Eine anonyme Statistik zu der Anzahl an Schwangerschaftsabbrüchen und eine dazugehörige Motivforschung ist der erste Schritt, Handlungsbedarf aufzuzeigen und das bereitgestellte Unterstützungs- und Beratungsangebot anzupassen.

Würden Sie eine anonyme Statistik und Motivforschung unterstützen?



**Sebastian Kurz** Wir unterstützen die Einführung einer anonymen, bundesweiten Statistik zu Schwangerschaftsabbrüchen. Unser Anliegen ist es, nicht nur Klarheit über die Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich zu schaffen, sondern vor allem auch die Gründe für diesen Schritt zu evaluieren. Denn dadurch wird es uns möglich, die Unterstützungsangebote für Frauen noch gezielter auszubauen und insbesondere verbesserte Rahmenbedingungen für schwangere Frauen zu schaffen.



**Pamela Rendi-Wagner** Frauen in ganz Österreich muss die sichere Möglichkeit offenstehen, eine Schwangerschaft abzubrechen. Und das unter bestmöglicher medizinischer, psychologischer und sozialer Betreuung. Vor diesem Hintergrund muss auch das Budget für die Frauen- und Gleichstellungspolitik dringend erhöht werden. Eine weitere Motivforschung halten wir nicht für notwendig, da es bereits zahlreiche internationale und heimische Studien zu den Gründen für einen Abbruch gibt.



**Norbert Hofer** Ja, selbstverständlich würden wir eine anonyme Statistik und Motivforschung unterstützen. Seit Jahren fordern wir eine solche, damit hier die Politik ihrer Verantwortung nachkommen und präventiv optimalere Rahmenbedingungen schaffen kann.



**Beate Meinl-Reisinger** Eine Schwangerschaft abzubrechen stellt für betroffene Frauen häufig eine große körperliche und psychische Belastung dar. Das Ziel muss es deshalb sein, die Anzahl der ungewollten Schwangerschaften zu reduzieren. Selbstverständlich sind wir für die ausreichende Finanzierung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen durch medizinisches und psychologisches Personal. Wir sind fest davon überzeugt, dass ein Ausbau von sexueller Bildung & leichterem Zugang zu Verhütung dringend notwendig sind, damit es erst gar nicht soweit kommt. Körperliche Selbstbestimmung und Integrität sind unbedingt zu schützen – daher muss es für Frauen einen sicheren Zugang zum Schwangerschaftsabbruch geben, und das am besten in jedem öffentlichen Krankenhaus.



**Werner Kogler** Zur Schaffung eines umfassenden Unterstützungsangebots für Frauen bedarf es weder einer Statistik noch einer Motivforschung.

\* vgl. Coleman, P. (2011) Abortion and mental health: quantitative synthesis and analysis of research published 1995-2009. The British Journal of Psychiatry

# Schutz für verfolgte Christen

#CHRISTENVERFOLGUNG



**GLAUBE.at** Wie wollen Sie verfolgte Christen in Österreich (bspw. Gewalt, Mobbing, bewusste Fehler beim Dolmetschen von Asylanträgen) unterstützen?



**Sebastian Kurz** Gewalt gegen Andersgläubige hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Intoleranz, egal ob schon lange in Österreich vorhanden oder neu hinzugekommen, muss konsequent bekämpft werden.



**Pamela Rendi-Wagner** Die bewusst falsche Übersetzungen von Asylanträgen zieht eine straf-bez. zivilrechtlichen Verfolgung des/der Dolmetschers/Dolmetscherin nach sich.



**Norbert Hofer** Unseres Erachtens gibt es aktuell keine Christenverfolgung in Österreich. Die geltenden Gesetze sind aus unserer Sicht derzeit ausreichend. Grundsätzlich sollten Religionsgemeinschaften, die unsere Trennung von Kirche und Staat ablehnen oder gar bekämpfen, das Privileg der gesetzlichen Anerkennung und damit den Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts verlieren.



**Beate Meinl-Reisinger** Gerade was die Qualität und Verfügbarkeit von Dolmetschleistungen bei behördlichen und gerichtlichen Verfahren, insbesondere bei Asylverfahren, anbelangt, gibt es dringenden Handlungsbedarf. Wir weisen seit Jahren auf die bestehenden Missstände hin und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Ressourcen für ausreichend qualifizierte Dolmetscher\_innen zur Verfügung gestellt werden. Auch bei Gewalt und Mobbing braucht es dringend Maßnahmen, um diese Probleme erst gar nicht aufkommen zu lassen.



**Werner Kogler** Christliche Asylwerber\*innen sind wie alle anderen Flüchtlinge durch bessere und schnellere Asylverfahren sowie durch frühzeitige Möglichkeit des Zugangs zum arbeitsmarkt zu schützen. Je schneller Menschen in die Lage versetzt werden, aus Massenunterkünften herauszukommen und an der Gesellschaft teilzuhaben, desto besser sind sie geschützt.

# Schutz für verfolgte Christen

#MINDERHEITEN



**GLAUBE.at** Wie wollen Sie sich für die Rechte verfolgter Christen sowie anderer religiöser Minderheiten einsetzen?



**Sebastian Kurz** Weltweit werden rund 200 Millionen Christen verfolgt. Damit sind sie die meistverfolgte religiöse Gruppe. Als christlich-soziale Partei sehen wir uns in der Verantwortung, den bedrohten Christen mit gezielter Hilfe in ihren Herkunftsländern beizustehen. Die letzte Bundesregierung hat etwa konkrete Projekte im Volumen von einer Million Euro für verfolgte Christen im Nahen Osten beschlossen. Darüber hinaus wollen wir die Rolle des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit auch außerhalb der EU stärken.



**Pamela Rendi-Wagner** Die SPÖ wird sich immer für Menschen einsetzen, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, ihres Geschlechts, ihrem Einkommen oder ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit diskriminiert werden. Die SPÖ unterstützt daher auch regelmäßig Entschließungen im Nationalrat, die unsere Regierung dazu auffordern, aktiv zu werden und weltweit - im Rahmen der EU oder auch bilateral - gegen die Diskriminierung von Religionsgruppen einzutreten.



**Norbert Hofer** Im ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm 2017-2022 verpflichtete sich die Bundesregierung sich international gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten – insbesondere christlicher Minderheiten – einzusetzen und zugleich gegen religiös-extremistische Ideologien (z.B. den politischen Islam) aufzutreten. Dazu stehen wir vollinhaltlich auch weiterhin. Ebenso unterstützen wir sämtliche Maßnahmen zum Schutz religiöser Minderheiten auf bilateraler wie multilateraler Ebene.



**Beate Meinl-Reisinger** Aus unserer Sicht ist es notwendig, auch als Parlament mit einer Stimme entschieden gegen die Verfolgung von religiösen Minderheiten aufzutreten. Wir haben daher entsprechende parlamentarische Anträge dazu immer unterstützt. Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht entscheidend, sich für den Erhalt des Rechtsstaats und für ein funktionierendes Asylsystem einzusetzen, sodass denjenigen, die in ihrer Heimat keinen Schutz vor Verfolgung bekommen, woanders ein Leben in Sicherheit ermöglicht wird.



**Werner Kogler** Die Grünen setzen sich immer und überall für die Geltung der Menschenrechte ein. Im Verhältnis zu anderen Staaten ist es wesentlich, ökonomische Fragen nicht über Menschenrechte zu stellen. Im Übrigen schlagen wir Resettlement-Programme für besonders von Gewalt und Unterdrückung betroffene Gruppen vor.

# SeniorInnen und Altersvorsorge

#ALTERSARMUT



**GLAUBE.at** Welche Maßnahmen wollen Sie im Kampf gegen Altersarmut aktuell setzen?



**Sebastian Kurz** Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, hat es sich verdient, seinen Lebensabend in Würde zu verbringen. Wir haben daher in der letzten Bundesregierung die deutliche Anhebung der Mindestpension umgesetzt. Darüber hinaus werden Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Pensionen von einer erst Ende August 2019 beschlossenen sozial gestaffelten Pensionserhöhung profitieren. Damit wird die soziale Absicherung und weitere Verbesserung der Lebenssituation der Seniorinnen und Senioren möglich.



**Pamela Rendi-Wagner** Im August haben wir für 2019 bei Pensionen bis 1.111€ eine Erhöhung um das doppelte der Inflation durchgesetzt. Außerdem wollen wir das Umlageverfahren und die Pensionskonto-Gutschrift gegen Kürzungen verfassungsrechtlich absichern, auf das Pensionsantrittsalter achten (kein Automatismus) und die Werterhaltung der Pensionsansprüche garantieren, gesellschaftlich wichtige, aber unbezahlte Arbeit (z.B. Kinderbetreuung, Pflege) stärker berücksichtigen und z.B. Kindererziehungszeiten besser anrechnen, so dass Mütter/Väter zumindest 50€/ Monat mehr erhalten.



**Norbert Hofer** Durch die Einführung einer Mindestpension mit 1.200 Euro Netto für Alleinstehende und 1.500 Euro Netto für Ehepaare wurde ein erster Schritt gesetzt. Für das Jahr 2020 wird die Erhöhung von Kleinen Pensionen mit 3,6 Prozent vorgenommen, Mittlere Pensionen bis 2500 Euro Netto bekommen einen degressiv gestaffelten Erhöhungsbeitrag. Zusätzliche Mittel werden in den Ausbau der Häuslichen aber auch stationären Pflege auf der Grundlage des Pflege Masterplan 2019, den die FPÖ wesentlich mitverhandelt hat, fließen. Gleichzeitig wird man in allen anderen Bereichen der Pflege, d.h. Sachleistungen, 24 Stunden Pflege usw. finanzielle und organisatorische Maßnahmen setzen, um ein Alter in Würde zu garantieren.



**Beate Meinl-Reisinger** Angesichts des geringen tatsächlichen Pensionierungsalters (59 Jahre), ist die wichtigste Maßnahme gegen Altersarmut ein verstärkter Anreiz für längeres Arbeiten. Denn jedes Jahr bringt eine um min. 5% höhere Pension. Zudem fordern wir seit langem das automatische Pensionsbeitragssplitting (mit opt-out), weil dieses speziell die Frauenpensionen erhöht. Darüber hinaus sollen stärkere Sparanreize für die betriebliche und private Pensionsvorsorge geschaffen werden.



**Werner Kogler** Das Pensionsmodell der Grünen sieht eine individuelle Grundpension vor, die Altersarmut ausschließt. Darüber hinaus sind Verbesserungen in Pflege und Betreuung sowie die Schaffung altersgerechter Bedingungen im öffentlichen Raum – etwa bei öffentlichen Verkehrsmitteln und in der Infrastruktur – auf der Agenda ganz weit oben.



# SeniorInnen und Altersvorsorge

## #ALTENPFLEGE



**GLAUBE.at** Wie wollen Sie die Altenpflege unterstützen, um die zunehmenden Aufgaben zu bewältigen?



**Sebastian Kurz** Wir wollen das Pflegesystem weiterzuentwickeln und die pflegebedürftigen Menschen und ihre betreuenden Angehörigen nachhaltig unterstützen. Der erste Schritt ist, dass wir Präventionsmaßnahmen ausbauen und gleichzeitig die Pflege zu Hause, im Pflegeheim und in ambulanten Einrichtungen besser absichern. Insbesondere pflegende Angehörige – die meisten davon Frauen – wollen wir stärker unterstützen. Für eine langfristige und nachhaltige Finanzierung wollen wir eine Pflegeversicherung einführen.



**Pamela Rendi-Wagner** Wir haben im Sommer durchgesetzt, dass das Pflegegeld ab 2020 in allen Stufen jährlich entsprechend der Inflation erhöht wird. Außerdem wollen wir:

- Das Umlageverfahren und die Pensionskonto-Gutschrift gegen Kürzungen verfassungsrechtlich absichern.
- Auf das Pensionsantrittsalter achten (kein Automatismus).
- Die Werterhaltung der Pensionsansprüche garantieren.
- Gesellschaftlich wichtige, aber unbezahlte Arbeit (z.B. Kinderbetreuung, Pflege) stärker berücksichtigen. Wir wollen z.B. Kindererziehungszeiten besser anrechnen, so dass Mütter/Väter zumindest 50€/ Monat mehr erhalten.



**Norbert Hofer** Hier muss vor allem auch vor Ort bei der häuslichen Pflege durch Anerkennung und finanzielle Unterstützung der Familienangehörigen, die sich um ihre Eltern und Grosseltern kümmern zusätzlich Geld investiert werden. Wichtig ist, dass die ältere Generation so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben kann, - der Platz im Pflegeheim kann nur die letzte Möglichkeit sein, wenn das die medizinische Betreuung vorsieht. Ansonsten sind alle Formen der häuslichen Altenpflege zu unterstützen.



**Beate Meinl-Reisinger** Grundsätzlich setzen wir bei der Pflege verstärkt auf die Pflege zuhause und eine bessere Eingliederung in die Primärversorgung. Teil unserer Pflegestrategie ist zudem die Prävention und frühestmögliche Präventionsgespräche, um Pflege im besten Fall von vornherein zu vermeiden. Eine ausführliche Pflege-Strategie haben wir zudem in unserem Pflege-Programm-Prozess im ersten Halbjahr 2019 erarbeitet.



**Werner Kogler** Die Grünen treten für eine Professionalisierung der Pflege sowie Qualitätsstandards für 24-Stunden-Betreuung ein. Dies erreichen wir durch eine Vereinheitlichung und langfristige Absicherung der Pflege bei voller sozialer Absicherung und besseren Arbeitsbedingungen für jene Menschen, die in der Pflege arbeiten. Zugangshürden zu Pflege und Betreuung sind abzubauen durch Ausbau von Pflegeberatung und Kontaktstellen, einen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz und die Erweiterung des Pflegefonds.

# Sicherheit und Kriminalität

## #ANTISEMITISMUS



**GLAUBE.at** Im Antisemitismusbericht vom „Forum gegen Antisemitismus“ ist ein deutlicher Anstieg von antisemitischen Vorfällen in Österreich zu sehen (Beschimpfungen/Bedrohungen, Internet/Social Media, Briefe/Anrufe). Wie will Ihre Partei gegen den steigenden Antisemitismus vorgehen?



**Sebastian Kurz** Österreich hat eine besondere historische Verantwortung, jüdisches Leben zu schützen. Umso erfreulicher ist, dass wir während der EU-Präsidentschaft Österreichs mit einer großen Antisemitismuskonferenz neue Dynamik in die Debatte bringen konnten. Auf unsere Initiative hin wurde erstmals eine Erklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus angenommen, die nun konsequent umgesetzt werden muss. Ein Wiedererstarken des Antisemitismus in Österreich und Europa müssen wir mit aller Kraft verhindern.



**Pamela Rendi-Wagner** Wir dürfen nicht zulassen, in unserer Gesellschaft antisemitische Untertöne und Hetzparolen akzeptiert werden. Wir fordern hierbei auch explizit die FPÖ auch endlich bei den eigenen FunktionärInnen durchzugreifen. Durch „Einzelfälle“ und „Ausrutscher“ befördern sie eine Verrohung der Sprache und eine sukzessive Desensibilisierung der Öffentlichkeit.



**Norbert Hofer** Die FPÖ lehnt jegliche Form von Antisemitismus entschieden ab. In diesem Zusammenhang muss auch auf den politischen Islam hingewiesen werden, dem es nur um die Ausbreitung seiner Ideologie geht und sich Auswüchsen wie dem Antisemitismus bedient, was nicht toleriert werden darf.



**Beate Meinl-Reisinger** Wir verurteilen rassistisch motivierte Handlungen auf das schärfste und unabhängig davon, von welchen Gruppen sie ausgehen. Die Verurteilungen wegen Verhetzung stiegen in den letzten Jahren stark an. Diese Entwicklung sehen wir aber nicht nur negativ, da sie zeigen, dass die Strafverfolgung funktioniert und Taten Konsequenzen haben. Gleichzeitig fordern wir größere Anstrengungen im Bereich der Prävention und Verfolgung von rassistischen Vorfällen im Internet. Hier darf es keine straffreien Räume geben.



**Werner Kogler** Es bedarf jedenfalls eines stärkeren Fokus der Öffentlichkeit, etwa durch einen jährlichen Beobachtungsbericht auch von öffentlicher Seite. Um der Verbreitung antisemitischer Positionen entgegenzuwirken müssen wir junge Menschen in die Lage versetzen, sie zu erkennen und dagegen aufzutreten. Das können wir durch intensive Bildungsarbeit in Schulen und Jugendszenen erreichen. Darüber hinaus ist die wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiet stärker zu fördern.

# Sicherheit und Kriminalität

#SICHERHEIT



**GLAUBE.at** Welche Maßnahmen fordern Sie für eine höhere Sicherheit in Österreich?



**Sebastian Kurz** Unsere Polizistinnen und Polizisten sind das Rückgrat der Sicherheit in Österreich. Wir wollen die sichtbare Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum erhöhen, um der Bevölkerung wieder mehr Sicherheit zu geben. Um die Handlungsfähigkeit der Polizei sicherzustellen, braucht es jedes Jahr ausreichend neue Polizistinnen und Polizisten. Daher wollen wir den eingeschlagenen Weg fortführen und bei der Polizei weiter zusätzliche Planstellen und Ausbildungsplätze schaffen.



**Pamela Rendi-Wagner** PolizistInnen sollen echte Polizeiarbeit leisten können und nicht als LückenbüsserInnen in der Verwaltung eingesetzt werden. Sie setzen sich täglich zahlreichen Risiken aus und haben die besten Arbeitsbedingungen verdient. Wir werden 2.500 PolizistInnen mehr auf unsere Straßen bringen, mit zeitgemäßer Ausrüstung und moderner technischer Ausstattung. Überwachungsmöglichkeiten brauchen eine starke Kontrolle. Vor dem Einsatz von Überwachungsmethoden müssen unabhängige RichterInnen zustimmen. Das Parlament muss nach dem Einsatz alle Möglichkeiten der Kontrolle haben.



**Norbert Hofer** FPÖ-Innenminister Herbert Kickl hat in seiner Amtszeit viele Wahlversprechen der FPÖ in diesem Bereich erfolgreich umgesetzt. Wir wollen Kriminalität bekämpfen und Sicherheit sichtbar machen. Das bedeutet verstärkte Streifenförmigkeit, keine Postenschließungen und keine Ausdünnung der Polizei vor allem im ländlichen Bereich, sondern evaluieren, wo wieder Dienststellen eröffnet werden sollen. Dazu gehören auch die Entlastung der Polizeibeamten (z.B.: Trennung Verwaltungstätigkeit), ein gerechtes Besoldungssystem und ein eigenes Exekutivdienstgesetz, für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



**Beate Meinl-Reisinger** Die Polizei ist nur das erste Glied in der Sicherheitskette. Das Zweite ist die Justiz und die hat zu wenig Ressourcen. Nur wenn die Gerichte ausreichend ausgestattet sind, können die aufgeklärten Fälle auch rasch und rechtsstaatlich erledigt und Straftäter zur Verantwortung gezogen werden. Effektiv sind Strafen auch nur, wenn der Strafvollzug und die Bewährungshilfe gut funktionieren. Nur wenn alle diese Glieder stark sind, verhindern wir Rückfälle und machen die Gesellschaft wirklich sicherer.



**Werner Kogler** Österreich ist ein sehr sicheres Land. Probleme gibt es dort, wo soziale und gesellschaftliche Probleme politisch ignoriert werden. Neben einer Stärkung der Polizei durch bessere Ausbildung und bessere Arbeitsbedingungen für Polizist\*innen und einer Stärkung des Vertrauens in die Exekutive schlagen wir den Ausbau von Beratungs- und Betreuungsangeboten für Menschen in Problemlagen sowie Investitionen in die Jugendarbeit, mehrsprachige Beratungstellen sowie Gewaltschutzinitiativen vor.

# Umwelt- und Klimaschutz

## #MOBILITÄT



**GLAUBE.at** Klimawandel: Wie stehen Sie zu einer CO2-Steuer?  
Wie wollen Sie klimaneutrale Mobilität erreichen?



**Sebastian Kurz** Es gibt bereits jetzt schon CO2-abhängige Abgaben, zB die MöSt oder NoVa. Darüber hinausgehende nationale CO2-Steuermodelle lehnen wir ab, weil sie speziell den ländlichen Raum und sozial Schwächere belasten. Wir wollen eines der ersten Länder Europas sein, das bei der Mobilität auf erneuerbare Energie & Innovation baut – sei es durch Elektrizität, Wasserstoff oder biogene Kraftstoffe. Weiters wollen wir flächendeckenden, leistbaren öffentlichen Verkehr sicherstellen – im urbanen und im ländlichen Raum.



**Pamela Rendi-Wagner** Für uns ist es wichtig, die ökologische und die soziale Frage miteinander zu verbinden und Klimaschutz im Sinne der Menschen fair und sozial ausgewogen zu gestalten. Denn wir können unsere Klimaziele nur mit einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung erreichen. Eine EU-weite, sozial ausgewogene CO2-Steuer sehen wir als ein wesentliches Mittel, um Treibhausgase zu minimieren und unser Klima zu schützen. Sauberer Verkehr ist ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise. Darum wollen wir:

- Das Öffi-Fahren günstiger, schneller und einfacher machen und die Infrastruktur in Stadt und Land massiv ausbauen.
- Ein Österreichweites Klimaticket: Jahreskarten für alle Öffis: (1€/Tag für ein Bundesland, 2€/Tag für zwei Bundesländer, 3€/Tag für ganz Österreich).
- Klimabonus bei der Pendlerpauschale
- Abschaffung der klimaschädlichen Steuerprivilegien für Flugverkehr und Schifffahrt.



**Norbert Hofer** Wir sind gegen die Einführung einer CO2-Steuer, da Österreich ohnehin bereits eine CO2-Steuer in Form der Mineralölsteuer (MÖSt.) hat. Dieses Instrument ist wesentlich wirksamer als die Normverbrauchsabgabe und sollte im Gegensatz zur NoVA stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Leider hatten wir in der Zeit unserer Regierungsbeteiligung nicht mehr die Möglichkeit die Nahverkehrsmilliarde in Umsetzung zu bringen. Der Ausbau und die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie die Dekarbonisierung im Verkehr zählen zu den wirksamsten Maßnahmen um die Klimaziele zu erreichen. Mit dem Schienen- und allgemeinen Infrastrukturausbau sind CO2 Einsparungen von bis zu 7,2 Mio Tonnen bis 2030 möglich.



**Beate Meinl-Reisinger** Wir NEOS setzen uns schon lange für eine aufkommensneutrale CO2-Steuer ein. Sie ist der fairste und effizienteste Weg, um die Emission von Treibhausgasen zu verringern und schafft Anreize für klimafreundliche Innovationen und Investitionen. Wesentlich ist, dass sie aufkommensneutral gestaltet wird. Das bedeutet, dass die Gesamtsteuerbelastung, die in Österreich bereits massiv ist, nicht erhöht wird. Die CO2-Steuer soll schrittweise eingeführt werden, damit Konsument\_innen und Wirtschaft Planungssicherheit haben und ihre Verhaltensmuster und Prozesse anpassen können. Um klimaneutrale Mobilität zu fördern wollen wir einerseits den Ausbau des öffentlichen Verkehrs stärken, die Fahrradinfrastruktur ausbauen (fast die Hälfte der Autofahrten in Österreich sind in Fahrraddistanz oder auch zu Fuß leicht zu erreichen) und klimaschonende Individualmobilität (E-Autos, Wasserstoff) fördern. Vor allem ist es aber auch wichtig endlich den Transit von der Straße auf die Schiene zu bringen.



**Werner Kogler** Zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels ist es unabdingbar, Klimagefährdung zu verteuern und umweltfreundliches Verhalten zu verbilligen. Eine CO2-Bepreisung ist unumgänglich. Ein Klimabonus garantiert, dass dies nicht auf Kosten von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen geht. Durch Umsteuerung und das Ende klimazerstörender öffentlicher Ausgaben lässt sich ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs finanzieren. Wir brauchen eine öffentliche Erreichbarkeit jedes Ortes in Österreich.



# Umwelt- und Klimaschutz

#FRIDAY4FUTURE



**GLAUBE.at** Hunderttausende Jugendliche gehen für Klimaschutz auf die Straßen: Wie reagieren Sie auf „Friday for Future“?



**Sebastian Kurz** Wir anerkennen den Einsatz der Schülerinnen und Schüler für den Schutz unseres Klimas. Unsere größten Errungenschaften bringen uns wenig, wenn wir dabei unseren Planeten und unsere Umwelt zerstören. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass gerade jene, um deren Zukunft es bei dieser Frage geht, ihre Stimme erheben. Unabhängig vom Inhalt der erhobenen Forderungen ist aber wichtig, das Demonstrationsrecht nicht gegen die Schulpflicht auszuspielen und hier auf gutes Zeitmanagement zu achten.



**Pamela Rendi-Wagner** Wir nehmen die Anliegen und das Engagement der „Friday for Future“-Bewegung sehr ernst. Darum wollen wir auch, dass sie an dem von uns geforderten nationalen Klimakonvent teilnimmt, um dort an konkreten Klimaschutzmaßnahmen mitzuarbeiten. Im Mai haben wir einen Green New Deal für Österreich veröffentlicht. Dieser beinhaltet Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise durch den Ausbau von fossilsfreier Energie, nachhaltigem Verkehr sowie Investitionen in nachhaltige Industrien und Zukunftsberufe wie Forschung, Pflege und Bildung.



**Norbert Hofer** Es ist gut, dass sich die Jugendlichen für das Thema interessieren und sich ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt bewusst sind. Hier Zeichen zu setzen ist gut und wichtig, solange sie sich auch ihrer Verantwortung in Bezug auf ihre Schulpflicht bewusst sind. Daher haben wir nichts dagegen, wenn sie von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch machen, solange dies nicht während der Schulzeit passiert.



**Beate Meinl-Reisinger** Die jungen Menschen haben jeden Grund zu protestieren und wir unterstützen ihr Anliegen, konkrete Handlungen für den Klimaschutz zu fordern. Tatsache ist: Die letzten Regierungen haben dieses Thema komplett verschlafen und viel zu wenig getan. Gerade die kommenden Generationen betrifft der Klimawandel am meisten. Wir NEOS werden auch dafür sorgen, dass wir auf diese Herausforderung auch die richtigen Antworten geben: Eine Ökologisierung des Steuersystems, Innovation, sauberes und nachhaltiges Wirtschaften, Investition in nachhaltige Infrastruktur, Forschung und Ausbildungen. Also wollen wir den Enthusiasmus dieser jungen Menschen unterstützen, um wirklich Schritte in die richtige Richtung zu setzen.



**Werner Kogler** Mit Begeisterung. Wir unterstützen Fridays for Future, legen aber Wert darauf, diese Bewegung nicht zu vereinnahmen. Die jungen Menschen sind ein Gradmesser, an der auch wir unsere Politik messen lassen müssen. Ihre Energie und ihre Beharrlichkeit sind jenes Moment, dass die Politik weltweit zwingen wird, zu handeln. Das ist großartig.

# Wirtschaft und Arbeitsmarkt

## #ZUKUNFTSFÄHIGKEIT



**GLAUBE.at** Welche Jobs sind aus Ihrer Sicht Auslaufmodelle?

Welche Jobs haben Zukunft?

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um den Standort Österreich zu stärken?



**Sebastian Kurz** Die Digitalisierung und Globalisierung haben die Arbeitswelt massiv verändert. Das bringt auch Ängste und Sorgen mit sich. Diese nehmen wir ernst, verstecken uns aber nicht vor den Herausforderungen, sondern wollen sie aktiv in Chancen umwandeln. Nur so können wir sicherstellen, dass die Arbeitsplätze der Zukunft auch in Österreich entstehen und hier für Wohlstand sorgen. Gleichzeitig müssen wir alles daran setzen, dass der Standort Österreich für heimische und internationale Unternehmen attraktiv bleibt.



**Pamela Rendi-Wagner** Die Sozialdemokratie ist die einzige Kraft im Land, die Antworten für alle ArbeitnehmerInnen auf die Herausforderungen des digitalen Wandels und der Klimakrise hat. Der Schlüssel liegt in einem Recht auf Arbeit. Es braucht öffentlich unterstützte Umqualifizierung und Ausbildung, um alle für die neuen Herausforderungen zu wappnen. Österreich ist ein wettbewerbsfähiger und leistungsstarker Wirtschaftsstandort. Damit das so bleibt, wollen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass bei uns alle Menschen von ihrer Arbeit gut leben können. Klein- und Mittelbetriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und Jobmotor. Mit einem KMU-Bonus in den Ausschreibungskriterien wollen wir sicherstellen, dass diese Unternehmen bei (Groß-) Aufträgen in Zukunft nicht durch die Finger sehen. Wir wollen Unternehmen besonders fördern, die in Forschung und Entwicklung und/ oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze investieren. Dafür braucht es gut ausgebildete Fachkräfte. Wir fordern daher eine Fachkräfteoffensive und Stärkung der Lehrlingsausbildung. Außerdem fordern wir stärkere Investitionen - etwa in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.



**Norbert Hofer** „Zukunftstaugliche“ Berufsbilder müssen insbesondere der Digitalisierung Rechnung tragen. Zur Stärkung des Standortes haben wir im Regierungsprogramm der letzten Bundesregierung Maßnahmen mit dem Ziel der Reduktion von Bürokratie oder der hohen Steuer- und Abgabenlast vereinbart. Dazu zählt unter anderem, eine Reduktion der Einkommensteuertarife, eine Ausweitung beim Gewinnfreibetrag oder die Senkung der Körperschaftsteuer. Als Teile der vereinbarten Steuerreform sind diese Maßnahmen rasch umzusetzen.



**Beate Meinl-Reisinger** Die oft diskutierten Jobverluste auf Grund der Digitalisierung finden eigentlich selten statt. Was wir sehen ist, dass sich einzelne Jobprofile dynamisch verändern. Um mit diesem Wandel Schritt halten zu können, müssen sich Menschen in Zukunft kontinuierlich fort- und weiterbilden. Derzeit ist das allerdings oftmals nur bei Menschen mit hoher formaler Bildung der Fall. Wir fordern daher geförderte Ansparmöglichkeiten bis zu einem Betrag von 5.000 Euro in fünf Jahren für alle Erwerbstätigen.



**Werner Kogler** Die Arbeitswelt wird sich verändern. Studien sehen insbesondere Männer mit geringer und Frauen mit mittlerer Ausbildung von starken Veränderungen betroffen. Wir schlagen – neben einer Arbeitszeitverkürzung – einen Rechtsanspruch auf Ausbildung und Qualifikation bei existenzieller Absicherung vor (Bildungskonto), um diesen Wandel ohne soziale Verelendung bewältigen zu können. Außerdem bedarf es öffentlicher Investitionen in Zukunftsbranchen (Umwelt, Bildung, Soziales, Gesundheit, Kultur,...)

# Wirtschaft und Arbeitsmarkt

## #JUGENDARBEITSLOSIGKEIT



**GLAUBE.at** Wie kann die Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden?



**Sebastian Kurz** Österreich blickt im internationalen Vergleich auf eine vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Grund dafür ist nicht zuletzt unser Erfolgsrezept der dualen Ausbildung, um das uns viele Länder beneiden. Damit wir in Zukunft noch mehr Jugendliche in Beschäftigung bringen, müssen wir die Veränderungen der Arbeitswelt bereits in der Ausbildung stärker berücksichtigen. Dabei gilt es vor allem die Lehre attraktiver zu machen, z.B. durch Fokus auf Digitalisierung.



**Pamela Rendi-Wagner** Damit alle Jugendlichen die besten Voraussetzungen für einen guten Arbeitsplatz erhalten, setzen wir auf die Ausbildungspflicht bis 18, bzw. die Ausbildungsgarantie bis 25. Jeder Jugendliche soll einen über den Pflichtschulabschluss hinausgehenden Bildungsabschluss haben. Niemand soll die Schule verlassen, ohne sinnerfassend lesen, schreiben und rechnen zu können. Durch gezielte Maßnahmen wollen wir die Lehrlingsausbildung attraktiver machen. Das Bildungssystem soll so reformiert werden, dass unsere Jugendlichen die Chance auf die beste Bildung haben.



**Norbert Hofer** Um die Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, bedarf es unter anderem attraktiver und moderner Berufsbilder sowie Ausbildungsmöglichkeiten, die den jungen Menschen die notwendigen Voraussetzungen bieten, um am Arbeitsmarkt bestehen zu können. Im Zuge einer Joboffensive mit Fokus auf Digitalisierung hat die letzte Bundesregierung mit Freiheitlicher Beteiligung daher unter anderem im Sinne der Modernisierung und Adaptierung von Berufen eine Vielzahl neuer Berufsbilder geschaffen.



**Beate Meini-Reisinger** Das beste Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit ist Bildung. Hier müssen wir bereits im Kindergarten ansetzen.



**Werner Kogler** Wir stehen zu einer Ausbildungsgarantie und zu Förderungen für den beruflichen Einstieg nach Abschluss der Ausbildung. Dazu schlagen wir unter anderem eine Aktion „Get-in“ vor, die Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich für mehrere Jahre finanziell unterstützt, um neuen Berufsfeldern und Zukunftsbranchen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

## TRÄGERORGANISATION



## PARTNERKIRCHEN



## PARTNERORGANISATIONEN



## PARTEIEN DER BEFRAGTEN SPITZENKANDIDATINNEN



## MEDIENPARTNER



## PROJEKTFINANZIERUNG

Finden Sie die "Wahlprüfsteine für christliche Werte in der Politik" hilfreich?  
Bitte unterstützen Sie die Finanzierung der Projektkosten dieses werbefreien Leitfadens mit Ihrer Spende:

IM Österreich

Zweck: Wahlprüfsteine 2019

AT34 6000 0602 1010 6386

Powered by: [www.impuls-medien.org](http://www.impuls-medien.org)

BILDRECHTE

Titelbild: Thomas Wolf [www.foto-tw.de](http://www.foto-tw.de) ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Parlament\\_Wien\\_abends.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Parlament_Wien_abends.jpg)),  
„Parlament Wien abends“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode>

Seite 3: BMI / Karl Schober